



PULVERFASS XINJIANG – RUHE UND STABILITÄT FÜR DIE NEUE SEIDENSTRASSE

Die Einhaltung von Arbeitsrechten muss Kernelement des globalen Infrastrukturprojekts „Neue Seidenstraße“ werden.

VON SABINE FERENSCHILD

Im
folgenden
BRI

Mit dem Begriff „Seidenstraße“ verbinden viele eine alte Handelsroute zwischen Europa und Asien aus lange vergangenen Zeiten. Doch neben der historischen Seidenstraße, die vom 2. Jahrhundert v. Chr. bis zum 13. Jahrhundert die wichtigste Handelsverbindung zwischen Europa und Asien war, treibt die Volksrepublik China seit einigen Jahren ein global angelegtes Infrastrukturprojekt unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ oder „**Belt and Road Initiative**“ voran.

Außen- und wirtschaftspolitisch will China durch vielfältigere und bessere Transportwege die globale Nachfrage nach chinesischen Produkten steigern, sich den Zugang zu Rohstoffen sichern und nicht zuletzt auch durch den Ausbau von Handelsverbindungen über Land das Risiko möglicher Blockaden von Seewegen (zum Beispiel durch die USA) minimieren. Für eine (noch) bessere Integ-

ration Chinas in globale Wertschöpfungsketten bildet die „Neue Seidenstraße“ also die infrastrukturelle Grundlage. Entlang der verschiedenen Routen werden Produktionszentren geschaffen, über die Rohstoffe, Vorprodukte und Endprodukte schneller und verlässlicher transportiert und mit den Zielmärkten verbunden werden können. Chinesische Konzerne werden dadurch in ihrer internationalen Expansion unterstützt.

Innenpolitisch sollen die Infrastrukturprojekte unter dem Dach der „Neuen Seidenstraße“ Entwicklungsunterschiede zwischen chinesischen Regionen verringern sowie neue Wachstumsperspektiven schaffen und so den erreichten Wohlstand sichern. Neue Verbindungen in die asiatischen Nachbarländer sollen

DIE „NEUE SEIDENSTRASSE“ UNTERSTÜTZT CHINESISCHE KONZERNE IN IHRER EXPANSION UND BINDET CHINA NOCH BESSER IN GLOBALE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN EIN.

wirtschaftliche Impulse für die ärmeren chinesischen Provinzen und Grenzregionen wie u.a. die Autonome Region Xinjiang bringen und dadurch u.a. zur Schlichtung innerer Konflikte beitragen, wie zum Beispiel den Konflikt zwischen der chinesischen Zentralregierung und der in Xinjiang lebenden Ethnie der Uigur*innen. Gerade letzteres kann aber nur gelingen, wenn die Uigur*innen auch von den Projekten im Kontext der „Neuen Seidenstraße“ profitieren. Doch trägt die „Neue Seidenstraße“ überhaupt dazu bei, den Konflikt zwischen der Zentralregierung und den Uigur*innen zu entschärfen? Es gibt immer mehr Hinweise, dass das Gegenteil der Fall ist.

XINJIANG UND DIE „NEUE SEIDENSTRASSE“

Die Autonome Region Xinjiang im Nordwesten Chinas wurde von der chinesischen Zentralregierung zu einem der logistischen Drehkreuze der BRI entwickelt. In Urumqi, der Hauptstadt der Region, kommen die Güterzüge aus verschiedenen Regionen Chinas zusammen und verlassen China über die Knotenpunkte Khorgos oder Alashankou, beide an der Grenze zu Kasachstan. In der Stadt Khorgos an der Grenze zu Kasachstan entstand mit dem „Khorgos-East Gate“ ein internationaler Handels- und Logistikknotenpunkt inklusive Freihandelszone, in der Unternehmen von Zöllen befreit und Steuern vereinheitlicht sind und Duty-Free-Einkauf ermöglicht ist. Khorgos ist als Drehkreuz auch deshalb so wichtig, weil auf dem Weg nach Europa und Zentralasien die Schienenwege über unterschiedliche Spurbreiten verfügen und die Fracht mit dem Ziel Europa deshalb mehrmals umgeladen werden muss.

Auch für den „Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridor“ ist der Brückenkopf Xinjiang

von elementarer Bedeutung, denn dieser verläuft über Kashgar in Xinjiang zum internationalen Hafen Gwadar in Pakistan. Einerseits braucht die chinesische Zentralregierung also die Autonome Region Xinjiang als Handelstor nach Asien und Europa, andererseits sollen die BRI-Maßnahmen auch der Entwicklung in Xinjiang dienen und politische Unruhen und Unabhängigkeitsbestrebungen in Xinjiang durch ökonomische Entwicklung verhindern.

EINE BESETZTE REGION

Seit die Volksrepublik China 1949 gegründet wurde, hielt sie die frühere Republik Ostturkestan militärisch besetzt und gliederte sie 1955 als Autonome Region Xinjiang (Xinjiang = neue Grenze) in ihre administrative Struktur ein. Dazu gründete die Volksrepublik bereits ein Jahr zuvor formell das militärisch strukturierte „**Xinjiang Production and Construction Corps**“.

Das XPCC ist quasi ein Staat im Staat, betreibt eigene Städte, verfügt über mehr als ein Drittel der Ackerfläche in Xinjiang und übt Kontrolle über die wichtigsten Wasservorkommen aus. Es betreibt eigene Unternehmen in verschiedensten Sektoren und unterhält ein eigenes Gefängnis-system. Das Hauptquartier des XPCC ist in der Hauptstadt Xinjiangs, Urumqi, angesiedelt. Es ist in 14 Divisionen und 176 Regimentern unterteilt und es betreibt 143 Farmen sowie 4.391 Unternehmen. Der 1. Kommissar des XPCC ist zugleich auch Parteisekretär von Xinjiang.

Der personelle Grundstock des XPCC waren entlassene Soldaten, die die Grenzregion sichern und stabilisieren sollten. Um die mehrheitlich vom muslimischen Turkvolk der Uigur*innen bewohnte Region zu befreien, siedelte die Zentralregierung über Jahrzehnte gezielt Han-Chines*innen in Xinjiang an, die in China die Bevölkerungsmehrheit bilden. Diese Ansiedlungspolitik führte dazu, dass aus einem niedrigen einstelligen Prozentanteil der Anteil der Han-Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Xinjiangs bereits in den 1980er Jahren auf rund 40 % stieg. Mittlerweile hat Xinjiang eine Bevölkerung von knapp 25 Mio. Menschen, von denen knapp 9 Mio. Menschen zur Han-Bevölkerung, 11 Mio. zu den Uigur*innen und die übrigen zu anderen ethnischen Gruppen gehören. Während der Nordosten Xinjiangs mehrheitlich von Han-Chines*innen bewohnt wird, dominieren in den südwestlichen Regionen die Uigur*innen.

In den letzten Jahrzehnten organisierten Uigur*innen immer wieder Aufstände und Proteste gegen die Assimilationspolitik der Zentralregierung. Diese hat deshalb neben dem Versuch der

Im
folgenden
XPCC

9 MIO.

Menschen gehören der Han-Bevölkerung an. Sie bilden die Mehrheit im Nordosten Xinjiangs.

11 MIO.

Menschen gehören der Ethnie der Uigur*innen an. Sie bilden die Mehrheit im Südwesten Xinjiangs.

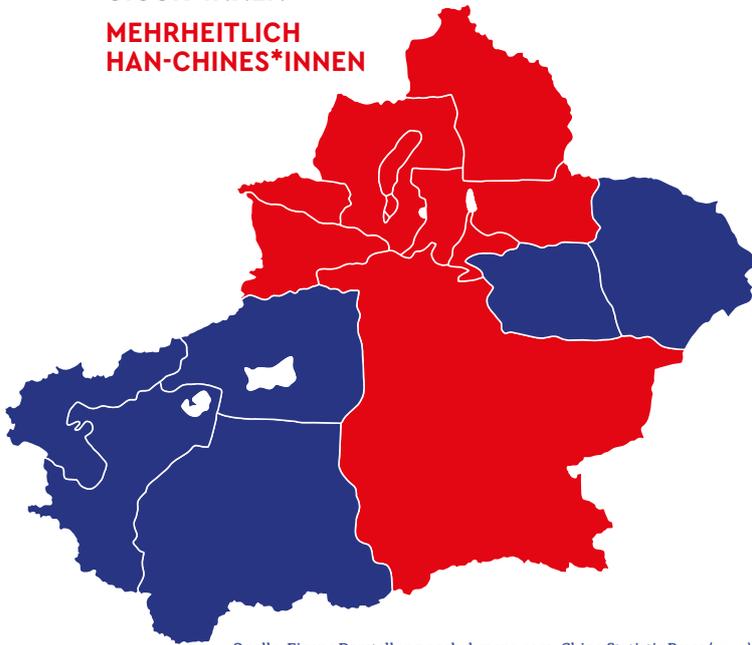
KARTE 1: KNOTENPUNKTE DER NEUEN SEIDENSTRASSE IN XINJIANG



KARTE 2: DEMOGRAPHISCHE VERTEILUNG IN XINJIANG NACH HAN- UND UIGURISCHER BEVÖLKERUNG (2018)

**MEHRHEITLICH
UIGUR*INNEN**

**MEHRHEITLICH
HAN-CHINES*INNEN**



Quelle: Eigene Darstellung nach d-maps.com; China Statistic Press (2019)

militärischen Kontrolle über die Region auch zahlreiche Entwicklungsanstrengungen unternommen, um Sicherheit und Stabilität zu stärken. Entwicklungsprogramme wie das sog. Pairing-Programm sind in diesem Kontext zu verstehen: Das Pairing-Programm verknüpft bereits seit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas im Jahr 1979 ökonomisch entwickelte Provinzen mit armen Regionen in China. Seit 1997 wurde für Xinjiang außerdem das ähnlich ausgerichtete „Pairing Assistance Programm“ eingeführt. Sie alle haben in den letzten Jahrzehnten zu Wirtschaftswachstum und steigenden Einkommen beigetragen. Allerdings profitiert davon – wie überall in China – eher die Stadtbevölkerung als die Landbevölkerung und auch eher die Han-Bevölkerung als die anderen ethnischen Gruppen.

EINE NEUE PHASE DER REPRESSION

Zwar setzt China in Xinjiang verschiedene Entwicklungsprogramme um, doch sind die letzten Jahre vor allem von einer stetig zunehmenden Repression geprägt. Insbesondere die uigurische Bevölkerung ist von Kontrolle, Umerziehung und Inhaftierung betroffen. Ein System von sog. Umerziehungslagern, in dem nach neueren Schätzungen 1-1,8 Mio. Uigur*innen jeweils über Monate und Jahre festgehalten und ‚umerzogen‘ werden,

umfasst in den letzten Jahren auch zunehmend Zwangsarbeit.

Anfang 2020 wies eine australische Studie nach, dass Uigur*innen zur Arbeit für internationale Wertschöpfungsketten gezwungen werden. Internationale Unternehmen wie Apple, BMW oder Volkswagen, aber auch zahlreiche Textilunternehmen, könnten von der ökonomischen Ausbeutung der internierten Personen profitieren. Zusätzlich wurden in den letzten Jahren mindestens 80.000 Uigur*innen als Arbeiter*innen in verschiedene Provinzen Chinas ‚transferiert‘. Dass Uigur*innen zur Teilnahme an diesen Arbeitstransferprogrammen gezwungen werden, steht für Beobachter*innen wie die „End Uyghur Forced Labor“-Allianz fest. Die Regierung Xinjiangs vergab sogar Prämien für die Anstellung bzw. Anforderung uigurischer Arbeiter*innen.

Innerhalb Xinjiangs liegen die Fabriken oft in der Nähe der sog. Umerziehungslager, weil die Arbeit in den Fabriken offiziell als Teil der „Erziehung“ der Uigur*innen gilt. Werden Uigur*innen als Arbeitskräfte in andere chinesische Provinzen vermittelt, leben sie in staatlichen Wohnheimen auf dem Firmengelände oder in der Nähe der Firmen unter permanenter Überwachung. Zur „Umerziehung“ gehören das Verbot der Religionsausübung und des Kontaktes zu ihren Familien oder zu Freund*innen. Außerdem werden Mandarin und chinesische Kultur unterrichtet. Das System ist nach Einschätzung des internationalen Bündnisses zur Abschaffung der Zwangsarbeit von Uigur*innen, zu dem auch das SÜDWIND-Institut gehört, so umfassend, dass Zwangsarbeit mit großer Wahrscheinlichkeit jede Branche in Xinjiang betrifft und jedes Produkt, das dort hergestellt wird.¹

Es ist schwer vorstellbar, dass die „Neue Seidenstraße“ in Xinjiang einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten kann, während zugleich das XPCC mit seinen militärischen Einheiten die Kontrolle ausübt und die Uigur*innen sowie andere ethnische Minderheiten von Überwachung, Internierung, Umerziehung und Zwangsarbeit betroffen sind. Wie lässt sich in diesem Klima feststellen, ob außer der Han-Bevölkerung Xinjiangs jemand von den Impulsen durch die ökonomische Entwicklung und die „Neue Seidenstraße“ überzeugt ist? Gar nicht. Anzunehmen, dass in einem solchen repressiven Umfeld die „Neue Seidenstraße“ einen Beitrag zu den UN-Entwicklungszielen leistet, wäre wirklichkeitsfremd.

IN EINER NEUEN PHASE DER REPRESSION DURCH DIE CHINESISCHE ZENTRAL-REGIERUNG SIND INSBESONDERE DIE UIGUR*INNEN VON KONTROLLE, UMERZIEHUNG, INHAFTIERUNG UND ZWANGSARBEIT BETROFFEN.

¹Siehe die Website des Bündnisses <https://enduyghurforcedlabour.org/>.



Die Löhne von vielen Wanderarbeiter*innen – wie hier im Bausektor – haben sich zwar verbessert, aber noch kein existenzsicherndes Niveau erreicht

SÜDWIND setzt sich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit ein – weltweit. Wir recherchieren, decken ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Wir verbinden entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Seit 30 Jahren.

AUSBLICK

Die Unterdrückung der Uigur*innen in China darf nicht durch Aufträge aus Europa finanziert werden. Das Bündnis „End Uyghur Forced Labor“ fordert die Unternehmen deshalb zu folgenden Schritten auf:

- ▶ Abbruch aller Geschäftsbeziehungen mit Produktionsstätten in Xinjiang;
- ▶ Beendigung von Geschäftsbeziehungen mit Zulieferern außerhalb Xinjiangs, die Tochtergesellschaften oder Betriebe in Xinjiang haben, von der chinesischen Regierung subventioniert werden oder an Arbeitstransferprogrammen teilnehmen;
- ▶ Anweisung an alle Zulieferer in China und weltweit, innerhalb eines Jahres die Beschaffung aller in Xinjiang hergestellten Produkte oder Vorprodukte einzustellen;
- ▶ Beendigung der Geschäftsbeziehungen mit allen Zulieferern in China und weltweit, die diese Anweisung nicht für ihre gesamte Produktion umsetzen und die keine Nachweise für die Umsetzung dieser Anweisung vorlegen.

Dass Unternehmen in Deutschland, die Bundesregierung und auch die EU-Kommission wesentlich verhaltener auf die menschenrechtlichen Missstände in China reagieren als zum Beispiel die USA, Kanada oder Großbritannien, muss sich dringend ändern. Die EU und mit ihr die Bundesregierung muss vor Inkrafttreten eines Investitionsabkommens mit China, für das Ende 2020 die Weichen gestellt wurden, darauf bestehen, dass China nicht nur alle fehlenden ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert, sondern auch erste überprüfbare Schritte der Umsetzung unternimmt. ◆

HINWEIS

Dieses Factsheet ist ein Auszug aus der Studie „Fast Fashion auf der Seidenstraße. Von „Made in China“ zu „Managed by China“.“

FÖRDERER



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich.

IMPRESSUM

Bonn, April 2021

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AUTORIN:
Dr. Sabine Ferenschild

REDAKTION UND LEKTORAT:
Patrick Wulf, Vera Schumacher,
Bjarne Behrens
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:
twotype design, Hamburg

DRUCK UND VERARBEITUNG:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

factsheet

Pulverfass Xinjiang.
Ruhe und Stabilität für
die Neue Seidenstraße
2021-09



INSTITUT FÜR ÖKONOMIE UND ÖKUMENE